

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Schillerhalle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.  
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 6568-63.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.  
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Bezugspreise: Durch den Verlag bezogen: RM. 2.50 monatlich, RM. 11.60 vierteljährlich, ohne Fracht; durch die Post bezogen: RM. 4.75 monatlich, RM. 14.25 vierteljährlich, ohne Fracht. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Verleger keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.



Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 49, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hanja 1371-1373.

Montag, 25. Oktober 1920.

Abend-Ausgabe.

Nr. 500. ♦ 68. Jahrgang.

## Gliedstaatliche Autonomie für Oberschlesien.

Mz. Berlin, 23. Okt. (Amtlich.) Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten setzte am Samstagvormittag die Beratung von Donnerstag über die Gewährung der bundesstaatlichen Autonomie für Oberschlesien fort. Es waren unter anderem anwesend der Reichsminister sowie die Reichsminister des Innern und des Innern, ferner die ober-schlesischen Abgeordneten des Reichstags und der preussischen Landesversammlung.

Das Ergebnis der Verhandlungen ist folgendes: Die Reichsregierung wird demnächst ein Gesetz einbringen, das in Oberschlesien nach dessen Entscheidung für Deutschland die volle gliedstaatliche Autonomie einführt, wenn die ober-schlesische Bevölkerung sich für diese Autonomie erklärt. Die Annahme des Gesetzes im Reichstag ist nach den Verhandlungen des Ausschusses und den dort von den Vertretern sämtlicher Parteien abgegebenen Erklärungen gesichert.

Das Autonomiegesetz für Oberschlesien, dessen Notwendigkeit wir bereits in Nr. 496 des Wiesbadener Tagblatts vom 22. Oktober ausführlich erörtert haben, wird selbstverständlich außer dem Reichstag auch die preussische Volksvertretung zu beschäftigen haben. Im Wahlauschuss der Landesversammlung hat der preussische Minister des Innern Severing bereits mitgeteilt, daß die Staatsregierung das einschlägige Gesetz im Einvernehmen mit der Reichsregierung einbringen werde; es sei Pflicht der Landesversammlung, das Gesetz zu verabschieden.

Die Annahme des Gesetzes — das wird bereits in der vorstehenden amtlichen Rundgebung versichert — ist gesichert. Zwar hat sich, wenn man der „Kreuzzeitung“ glauben darf, die strikt ablehnende Haltung der deutschnationalen Fraktion nicht geändert, dagegen steht die Deutsche Volkspartei dem Projekt jetzt freundlicher gegenüber. Die „Tägliche Rundschau“, die dieser Partei nahesteht und die noch vor zwei Tagen den Gedanken der ober-schlesischen Autonomie entschieden ablehnte, hält zwar die Gründe aufrecht, die von der Deutschen Volkspartei gegen „diesen ersten Versuch einer Zerstückelung Preußens“ angeführt worden sind, teilt aber mit, daß die Deutsche Volkspartei in neue Beratungen eintreten werde. Durch die Stellungnahme der preussischen Regierung sei eine vollzogene Tatsache geschaffen und nachträgliche Kritik habe keinen Zweck mehr; jetzt könne es sich nur noch darum handeln, eine einheitliche Front in Oberschlesien zu schaffen und mit der Autonomieerklärung zugunsten Deutschlands zu arbeiten. „In Oberschlesien“, so erklärt das Blatt, „haben sich die Führer aller Parteien einschließlich der Deutschnationalen für die Autonomie entschieden und ihren Erlaß als notwendig bezeichnet. Gegen diesen einheitlich bekundeten Willen der Führer im Kampfe sich anzukommen, hieße das Abstimmen der Ergebnisse gefährden und diese Verantwortung kann keine Partei auf sich nehmen.“

Der für die Durchführung der Autonomie vorgeschlagene Weg, das Gesetz bereits vor der Abstimmung in Oberschlesien zu verabschieden, sodas die Provinz sich später durch einfachen Beschluß ihrer Bevölkerung automatisch in einen Bundesstaat verwandeln könne, hatte auch in sozialdemokratischen Kreisen Bedenken erregt. Wie schon aus der Erklärung des Ministers Severing hervorgeht, haben jetzt die sozialdemokratischen Mitglieder der preussischen Regierung ihren Widerstand gegen das Projekt aufgegeben. Auch die sozialdemokratische Partei als solche stellt sich in dieser Hinsicht hinter die Regierung. Der „Vorwärts“ betont zwar nochmals: „Auf keinen Fall darf das ober-schlesische Beispiel zum Signal für eine Bewegung werden, die wahllos aus dem Gefüge Preußens ein Stück nach dem anderen herausreißt. So gewiß Preußen dazu bestimmt ist, schließlich im Reiche aufzugehen, so muß doch in diesem Prozeß, der über die Verstärkung der Provinzialautonomie hinausgeht, Plan und Methode gebracht werden, damit er bei seinem Abschluß zu festen staatsrechtlichen Formen führt.“ Aber der „Vorwärts“ glaubt, daß Oberschlesien durch die Besonderheit der gegebenen Verhältnisse in der Lage ist, diese Zwischenstufe überspringen zu können. „Das Zustandekommen des angekündigten Gesetzes“, so schreibt das sozialdemokratische Organ, „ist nicht nur durch das Wort der Reichsregierung gesichert. Das Zentrum folgt, indem es dafür eintritt, dem Zuge seines Herzens, aber auch die anderen Parteien werden sich der Einsicht nicht verschließen, daß es kein Zurück gibt. Was insbesondere die sozialdemokratische Partei betrifft, so steht sie auf dem Standpunkt, daß man das, was man macht, auch ganz machen muß, und sie steht dafür, daß ein gegebenes Wort auch eingelöst wird.“

## Der Reichstagspräsident über die innere Lage.

W. T. B. Berlin, 23. Okt. Der Präsident des Reichstags, Loh, äußerte sich gegenüber einem Vertreter der Schweizerischen Devisen-Agentur über die innere Lage folgendermaßen: So weit sich heute die Lage übersehen läßt, ist vorläufig noch mit dem Fortbestand der bisherigen Regierungskoalition zu rechnen, die zwar keine absolute Mehrheit hinter sich hat, aber auf wohlwollende Duldung der Nachbarparteien rechnet. Eine Erweiterung nach rechts oder links erscheint auf absehbare Zeit ausgeschlossen. Der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung würde unser Land zu einem Kampfgebiet machen. Der Kaiserliche Parteitag der Sozialdemokraten hat dahin votiert, daß die Zeit für den Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung noch nicht gekommen ist. Die beiden kommunistischen Richtungen werden sich bald verdammen, und die beiden sozialistischen Richtungen durch die Verhältnisse bald genötigt werden, gemeinsame Politik zu machen. Aber diese ruhige Entwicklung erscheint durch zwei wirtschaftliche Faktoren gefährdet: Geldmangel und weiterer Arbeitslosigkeit und größerer Feuerungseinheit zu gebieten, dann können die verarmten Massen die ruhige Entwicklung auf das Schwerste bedrohen. Verliert Deutschland die Kohlen- und Eisenindustrie, dann ist nicht nur der Lebensnerv unserer Wirtschaft getroffen, sondern auch die Erfüllung des Versailler Vertrages unmöglich, dann würde die Grundlage für den Wiederaufbau Deutschlands zusammenbrechen.

## Der außerordentliche Reichshaushaltsplan.

Mz. Berlin, 24. Okt. Der außerordentliche Haushalt enthält u. a. folgende Ausgabenposten: Für das Reichsarbeitsministerium 2.288.973.202 M., für das Reichswehrministerium 1.718.806.267 M., für das Reichsfinanzministerium 445 Millionen Mark, davon zur Durchführung des Gesetzes, betr. die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft, 250 Millionen Mark, für das Reichsverkehrsministerium, Abteilung für Wasserstraßen, hundert Millionen Mark, für das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft 208.352.389 M., für die Reichsschuld 1.067.391.120 M., für das Reichsministerium für Wiederaufbau 926.254.000 M., für die allgemeine Finanzverwaltung 4.144.727.642 M., davon zur Abwicklung der alten Wehrmacht 3.955.457.642 M. und für die Kosten der Internierung der Angehörigen von russischen sowie polnischen Truppenteilen 140 Millionen Mark. Für die Ausführung des Friedensvertrages sind in dem außerordentlichen Haushalt einmündel 4.144.371.989 M., davon für die Bekämpfungstruppen in den Rheinlanden 15.505.250.000 M., für das Jahr 1919 noch nachträglich 920 Millionen Mark und für die Ausgaben in Ausführung des Friedensvertrages und seines Vorvertrages 25 Milliarden Mark (im Vorjahr 17 Milliarden Mark).

Dem Reichshaushaltsplan ist u. a. eine Denkschrift über die Beteiligung des Reiches an folgenden industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen beigegeben: Miederhütte, Mitteldeutsche Stickstoffwerke, Chemisches Werk Lothringen, Elektro, A. G. Berlin, Gesellschaft für Kraftübertragung, Mitteldeutsches Kraftwerk, Alzwerk, Württembergische Landes-Elektrizitätsgesellschaft, Ostpreussisches Kraftwerk; ferner die verschiedenen Werke der Aluminium-Industrie, die Deutschen Werke, A. G. und schließlich die Reichs-Kredit- und Kontrollstelle, G. m. b. H.

## Eine vorläufige Veranlagung zum Reichsnotopfer.

W. T. B. Berlin, 23. Okt. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, bereite Unterstaatssekretär Wölke lebhafte die Landesfinanzämter, um die beschleunigte Veranlagung der Besteueren, besonders des Reichsnotopfers, in die Wege zu leiten. Da eine gründliche Veranlagung des letzteren Monate erforderlich würde, wird man sich zunächst mit einer vorläufigen Veranlagung begnügen. Über die beschleunigte Erhebung eines Teiles des Reichsnotopfers ist noch nicht entschieden.

## Eine Zentralstelle für die Umbildung der deutschen Länder.

W. T. B. Berlin, 23. Okt. Dem Beschluß der Nationalversammlung entsprechend wurde beim Reichsministerium des Innern zur Vorbereitung des Vollzugs des Artikels 14 der Reichsverfassung eine Zentralstelle für die Umbildung der deutschen Länder in Form eines Gutachterauschusses gebildet. Dem Ausschuss gehören Mitglieder des Reichstags und des Reichsrats sowie Sachverständige aus verschiedenen für die Lösung der Frage bedeutenden Gebieten an. Die Zentralstelle wurde auf den 3. November zu der konstituierenden Sitzung nach Berlin berufen.

## Unzureichende Getreideablieferung.

Bb. Karlsruhe, 24. Okt. Nach einem Rundschreiben des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft an die Landesregierungen sind die Ablieferungen von Brotgetreide im laufenden Wirtschaftsjahr trotz rechtzeitiger Gewährung von Frühlingsrämien unzureichend geblieben. Es wird angenommen, daß die Landwirtschaft mit der Ablieferung zurückhafte oder zu einem Teil ihre Vorräte, statt an die öffentliche Hand, an den Schleichhandel abgab. Deshalb hat der Reichsminister die Landesregierungen dringend ersucht, auf die Vollzugsbehörden einzuwirken, daß sie die Landwirte zur Ablieferung ihrer Vorräte anhalten und ihnen die strenge Durchführung der bestehenden Vorschriften einwickeln.

## Kommunistische Protestversammlungen.

W. T. B. Berlin, 24. Okt. Die Neukommunisten und Kommunisten veranstalteten heute vormittag in der Neuen Welt- und in den „Baruss-Sälen“ Versammlungen, die nur schwach besucht waren. Es wurde gegen die Ausweisung der beiden Bolschewikenführer Sinowjew und Polowski protestiert, wobei Däumig und Söder von den Kommunisten und Seger und Walscher von den Neukommunisten dem Bürgerium einschließlich der S. V. D. und U. S. D. den Kampf bis aufs Messer anboten. Richard Müller forderte in der „Neuen Welt“ zu internationalen Handeln auf. Die Bourgeoisie hätte sich jetzt hinter den Gewerkschaften verchanst. Darum gelte es auch den Kampf gegen die Gewerkschaften.

## Eröffnung der Hochschule für Politik.

Br. Berlin, 25. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Bei der Eröffnung der deutschen Hochschule für Politik im Hörsaal der Bauakademie, zu der der Reichspräsident, eine große Anzahl Reichs- und Staatsminister und Vertreter der Armee und Marine erschienen waren, gab der Vorsitzende, Staatsminister Dr. Drews, einen Überblick über ihre Aufgaben und Ziele. Es sei richtig, daß Politik eine Kunst sei, die nicht gelehrt werden könne, aber politisches Verständnis sei lehrbar und in weiten Kreisen der Bevölkerung erwünscht. Er stellte fest, daß Vertreter aller Parteien im Lehrkörper vertreten seien. Nach ihm begrüßte der Minister des Auswärtigen Dr. Simons im Namen des Auswärtigen Amtes die Gründung, indem er die Wichtigkeit der Ausbildung politischer Führer betonte. Ein Volk, das seinen Führern traue, mache keine Revolution, nur ein, das an ihnen verzweifelt. Reichsminister des Innern Dr. Koch gab in der Hochschule hauptsächlich eine Ergänzung der theoretischen Ausbildung der bereits im Leben Stehenden. Der tiefe Haug nach Theorie im Deutschen habe sich in der neuen Reichstags-Sitzung gezeigt, als die beiden Linksparteien wissenschaftlich unterrichtet, wenn Terror resp. Gewalt angewandt werden dürfe. Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz sprach den Wunsch aus, daß noch mehr Gewicht auf die wirtschaftspolitische Ausbildung der heranwachsenden Politiker gelegt werde. Unsere Politik der Zukunft sei eine wirtschaftliche oder sie würde überhaupt keine sein. In Vertretung des verhinderten Ministers nämlich vertrat Prof. Fischer der neuen Hochschule die weitgehendste Unterstützung des preussischen Unterrichtsministeriums. Zum Schluß leitete Prof. Dr. Jaech mit, das erfreulicherweise die Minister, die die Hochschule mit so warmen Worten begrüßt hätten, sich sämtlich bereit erklärt hätten, an ihr als Dozenten zu wirken. Circa 200 Hörer hätten sich bereits angemeldet. Die Vorlesungen beginnen am 1. November.

## Die preussischen Wahlen.

W. T. B. Berlin, 24. Okt. Der Ausschuss für die Neuwahlen zum preussischen Landtag hielt eine Beratung ab. Ein Antrag der Rechten auf Anberaumung des Wahltermins auf den 12. Dezember wurde abgelehnt. Der Ausschuss wurde sich dann darüber einig, daß ein Unterausschuss für die Fragen der Wahlkreiseinteilung und Ähnliches gebildet werden soll.

## Mahnahmen gegen Betriebsabbrüche und Betriebsstilllegungen.

W. T. B. Berlin, 23. Okt. Der wirtschaftspolitische und sozialpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates nahm den Entwurf einer Verordnung, betr. Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Betriebsstilllegungen, an. Die Verordnung bestimmt im wesentlichen für gewerbliche und Verkehrsbetriebe, ausschließlich des Reichs und der Länder, mit mindestens 20 Arbeitern die Anzeigepflicht, wenn durch die bevorstehende Stilllegung oder den Abbruch die gewerbliche Leistungsfähigkeit des Unternehmens verringert wird, oder wenn die Betriebsanlagen ganz oder teilweise nicht benutzt werden sollen, sofern dadurch bei weniger als 200 Arbeitern 10 Arbeiter und bei mindestens 200 Arbeitern 5 Prozent, jedenfalls aber mehr als 50 Arbeiter zur Entlassung kommen. Ohne Genehmigung der zuständigen Demobilisationsbehörde darf eine Betriebsänderung nicht vorgenommen werden. Die Demobilisationsbehörde ist erst zur Beschlagnahme und Enteignung gegen eine angemessene Entschädigung befugt. Zwiderhandlungen werden mit einer Geldstrafe bis zu 100.000 M. und mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder einer dieser Strafen bestraft.

Dazu wurden folgende Zusatzeanträge angenommen: Dem § 5, wonach die Verordnung keine Anwendung findet, wenn die Maßnahmen auf Anordnung oder mit Genehmigung der zuständigen Behörde erfolgen, soll ausgedrückt werden: „oder wenn nachweislich Mangel an Rohle, Betriebsstoffen und Rohstoffen, trotz rechtzeitiger Vorwarnung des Betriebes vorliegt.“ Ferner soll ausgedrückt werden: „Betriebsstilllegungen in den Kämpfen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gelten nicht als Maßnahme im Sinne dieser Verordnung.“

## Die neue Streikwelle.

W. T. B. Berlin, 23. Okt. Im Kaiserin-Augusta-Viktoria-Krankenhaus in Charlottenburg sind die durch Lohnstrix angehaltenen Heizer, Dienstmädchen, Hausdiener usw. unerwartet in den Streik getreten. Wie die „Börs. Ztg.“ erzählt, war bereits eine Kommission aus Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammengesetzt, um über die Lohnhöhdungen, zu denen die Mittel bereits zur Verfügung gestellt waren, zu beraten. Ohne die Entscheidung abzuwarten, legten die Angestellten die Arbeit nieder und gefährdeten dadurch das Leben nicht nur zahlreicher Kranker, sondern besonders auch durch Einstellen der Heizung dasjenige zahlreicher neugeborener Kinder.

Mz. Hamburg, 23. Okt. Der auf der West von Blohm und Sohn ausgebrochene Streik der Arbeiter hat im Laufe des Tages um sich gegriffen. Auch auf der Vulkanwerft sind sämtliche Arbeiter ausstiegen. Der Streik beruht darauf, daß die Forderung einer Prozentsatzerhöhung der Akkordarbeit abgelehnt wurde.

Mz. Bremen, 23. Okt. Die bremische Bürgerwehr beschaffte sich gestern mit der Angelegenheit des Staatsarbeiterstreikes. Der Antrag der Kommunisten und Mehrheitssozialisten, die Forderungen der Staatsarbeiter zu bewilligen, wurde abgelehnt, ebenso der Vermittlungsantrag der Demokraten. Die Streikfrage wird dem Reichsarbeitsministerium zur Entscheidung überwiesen. Um die Angelegenheit zu erledigen, wurde für Dienstagmorgen eine besondere Sitzung der Bürgerwehr einberufen. Das Wasserwerk und das Wasserkraftwerk werden mit Hilfe der Technischen Rothke in beschränkter Weise in Betrieb gehalten. Man hofft sogar, daß heute der Straßenbahnbetrieb teilweise wieder aufgenommen werden kann.

Die Entwaffnungsfrage.

D. London, 25. Okt. (Eig. Drahtbericht.) In einer amtlichen Neutermeldung wird über die Fortführung der Entwaffnung Deutschlands nach auszuführen, daß sich englische Offiziere sehr befriedigend darüber ausgesprochen haben.

Schwierigkeiten bei der Heeresumbildung.

W. T. B. Berlin, 23. Okt. Die durch den Vertrag von Spa Deutschland auferlegte Verringerung des Heeres auf eine Stärke von 100 000 Mann ist bisher planmäßig vorgeritten. Neuerdings entstehen dagegen hinsichtlich der Organisation der für die Stärke bestimmten Teile des Reichsheeres Schwierigkeiten, die zu einer unerwünschten Verzögerung Veranlassung geben.

Übertritt deutscher Militärformationen nach Litauen. W. T. B. Berlin, 24. Okt. Die Meldungen über den Übertritt deutscher Militärformationen von Ostpreußen nach Litauen werden von zutreffender Seite als außerordentlich übertrieben bezeichnet.

Tanks bei den oberschlesischen Besatzungstruppen. D. W. Beuthen, 24. Okt. Die Bewaffnung der Besatzungstruppen hat infolgedessen ein anderes Bild erhalten, als heute Tanks in größerer Zahl in Oberschlesien auftreten.

Die Zuschüsse zur Leipziger Messe. W. T. B. Leipzig, 23. Okt. Das sächsische Wirtschaftsministerium erklärte sich bereit, den Zuschuß zur Leipziger Messe auf eine Million Mark zu erhöhen.

Eine Kundgebung für den Anschluß Österreichs. W. T. B. Berlin, 24. Okt. Im Lehrervereinshaus veranstaltete am Sonntagvormittag der österreichisch-deutsche Volksbund eine Kundgebung für den Anschluß Österreichs an Deutschland.

Stefan Zweig über Romain Rolland.

Wiener Kultur am Vortragstag über französische. Im Vortragenden ein Topos dessen, was uns als wissenschaftliche Literatur ein Begriff — oder ein wenig unbestimmter und darum hier besser gefaßt — ein Klänge, ein Tonfall, eine Melodie, eine Weise geworden ist. Und Geist und Körper des nachdrücklichen Deutschen stets so wohlwollend und freundlich. Ein Verlangen nach den überweltlichen, überzeitlichen Menschen einer schmerzlichen Komödie konnte einen überkommen — wo der Gedanke an unser Theater uns gerade so lebhaft beschäftigt — da Herr Dr. Stefan Zweig anstandslos und mit großer Begeisterung in weltmännlich-leichter Rede mit seinen Hörern zu sprechen anfing — und sie mit den ersten Worten schon gewann und fesselte.

Der englische Bergarbeiterstreik.

W. T. B. London, 24. Okt. Die vier Führer der Bergleute, die sich heute vormittag nach der Downingstreet begeben hatten, verließen um 1 Uhr nach zweistündigen Unterhandlungen mit der Regierung das Regierungsgebäude.

Der Verkehrsstreik verschoben.

W. T. B. London, 23. Okt. (Reuter.) Die Vollzugsausschüsse des Bergarbeiterbundes und des Eisenbahnerbundes hielten heute eine Beratung ab. Der Vollzugsausschluß des Bergarbeiterbundes teilt mit, daß Lord George den Vollzugsausschluß zu einer neuen Konferenz einladen habe.

Solidaritätsbestrebungen in Deutschland.

W. T. B. Bochum, 25. Okt. Bei einer gestern im „Bochumer Hof“ abgehaltenen Konferenz des Allgemeinen Bergarbeiterverbandes führte Sekretär Dulemann aus, daß, wenn von den englischen Bergarbeitern ein Sympathiestreik der deutschen Bergarbeiter erwartet würde, es noch zu überlegen sei, ob nicht andere Mittel und Wege zur Verfügung ständen.

Ein Ultimatum der französischen Bergarbeiter. D. Paris, 25. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Im Verlaufe einer Sitzung des Nationalrates der französischen Bergarbeiter wurde Beschluß gefaßt, eine Antwort der Regierung und der beteiligten Gesellschaften bis zum 30. d. M. zu verlangen.

Der Bürgermeister von Cork gestorben. W. T. B. London, 25. Okt. (Drahtbericht.) Der Bürgermeister von Cork ist gestorben.

Der König von Griechenland im Sterben.

W. T. B. Paris, 25. Okt. (Drahtbericht.) Nach einer „Times“-Meldung aus Athen ist im Hinblick auf den hoffnungslosen Zustand des Königs Alexander beschlossene, für den Fall seines Ablebens die Wahlen zum Parlament um 8 bis 10 Tage zu verschieben.

Keine ungarischen Freiwilligen für Wrangel. D. Budapest, 22. Okt. Verschiedene ausländische Zeitungen haben die Nachricht gebracht, daß in Ungarn Freiwillige für General Wrangel rekrutiert würden.

Ungarn soll den Frieden ratifizieren. W. T. B. Budapest, 22. Okt. In einer Konferenz der Regierungsparteien teilte der Ministerpräsident mit, der ungarischen Regierung sei vom Obersten Rat der Entente die direkte Aufforderung zugekommen, den Frieden bis zum 1. November zu ratifizieren.

1000 Milliarden Defizit in Rußland.

D. Paris, 25. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Nach Nachrichten aus Stocholm übersteigt das Defizit der Sowjetregierung in diesem Jahre die phantastische Summe von 1000 Milliarden Rubel.

Die bedenkliche Lage der Räteregierung.

W. T. B. Paris, 25. Okt. (Havas.) Der Berichterstatter des „Journal“ hatte eine Unterredung mit einem Freunde von Sinowiew. Dieser hat ihm nicht verhehlt, daß die Lage in Rußland sehr bedenklich geworden ist, daß der Winter, welcher sehr schon begonnen hat, eine große Hungersnot im Gefolge haben wird und daß das Volk von Tag zu Tag unzufriedener wird nach all den unerträglichen Entbehrungen, die es völlig gelähmt haben.

Polen unterstützt Zeligowski.

D. London, 25. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Die politischen Parteien Krakaus nahmen in einer Versammlung vor der Stadthalle eine Entschließung an, in der sie General Zeligowski, dem Befreier Wilnas vom litauischen Joch, ihren Dank abstatten.

Keine ungarischen Freiwilligen für Wrangel. D. Budapest, 22. Okt. Verschiedene ausländische Zeitungen haben die Nachricht gebracht, daß in Ungarn Freiwillige für General Wrangel rekrutiert würden.

Ungarn soll den Frieden ratifizieren. W. T. B. Budapest, 22. Okt. In einer Konferenz der Regierungsparteien teilte der Ministerpräsident mit, der ungarischen Regierung sei vom Obersten Rat der Entente die direkte Aufforderung zugekommen, den Frieden bis zum 1. November zu ratifizieren.

Aus Kunst und Leben.

H. W. D. D'Alberts „Revolutionshochzeit“ in Berlin. Die „Revolutionshochzeit“, Eugen D'Alberts letzte Oper, die im vorigen Jahr in Leipzig ihre Aufführung erlebte, hat bei ihrer ersten Aufführung im Deutschen Opernhaus einen starken Erfolg gehabt.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Von Richard Dehmel wird im Lauf dieses Monats eine Auswahl von 50 Gedichten in englischer Übersetzung in der Bostoner Zeitschrift „Poet Lore“ unter Erlaubnis des Verlegers E. Fisher und Frau Da Dehmel, erscheinen.



hinaus, in welchem Biefang gab es deshalb verschiedene Schutzschiffe auf Hühner ab, einen davon aus weisster Entfernung. Das veranlaßte den Wähler, wieder an ihn heranzutreten. Es kam zwischen ihm und dem hiesigen Parteien zu einem Handgemachten, in dessen Verlauf er ihn würgte und durch einen Schlag in den Hals tödete. Sein Gemehr schrie Hühner nach der Tat, wie es bei Wühleren üblich ist, wahrscheinlich zusammen mit der Beifügung, und der Wähler seines Opfers irgendwas im Walde verhehlt zu haben. — Mit Worten des Dankes an die Geschworenen schloß der Vorsitzende Landgerichtspräsident Bogner die vierte Schwurgerichtssitzung.

Id. Ein Kesselverurteil im Untersuchungsgefängnis. Das Schwurgericht in Frankfurt a. M. verhandelte heute gegen den Arbeiter Kuntel, der, wie ersichtlich berichtet, im Untersuchungsgefängnis nach einem Kriminalwachmeister mit einem verbotenen schalteten Kessel geschäftig hatte. Kuntel wurde von dem Schwurgericht zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt, in das er jetzt im ganzen sechs Jahre zu verbüßen hat.

Neues aus aller Welt.

Kriegs-Erntelichthaber. Nach der „N. Z.“ sind in der großen Spritzschichtung, die von Holland aus verläßt wurde und wegen der sich der Reichswehr Kalkulation vor einigen Tagen im Berliner Untersuchungsgefängnis erhob, und zwei Tausend Personen befreit. Es sollten Erntemengen im Werte von etwa 2000 M. eingeschmuggelt werden. Die gesamte Schiffschiffung wurde in Köln beschlagnahmt. Es wurden dabei vier Personen, der Berliner Rechtsanwalt Kalkulation, der frühere Kapitän Meier, der Kaufmann Volt und ein Angehöriger der Staatsanwaltschaft, verurteilt, Dittmann sollte, wenn er die notwendigen Papiere beibringt, 1 M. Strafe für die Verurteilung, insgesamt 20000 M., erhalten. Da Dittmann aber die Papiere nicht beibringen konnte, verurteilte er wenigstens die Papiere und die Beschlagnahme, die er in der Untersuchung der notwendigen Erntelichthaber gelungen. Der Hauptteil der Beschlagnahme eines geschlossenen Erntelichthaber wurden von der Seite und die Spindelstränge Klumpen aus Zuchthaus wurden dabei verurteilt, als Fende den mit der Beschlagnahme beauftragten Beamten, die als Käufer auftraten, das heimliche Lager zeigte.

Kesselverurteil. Ein Kessel am morgigen mit 8 M. in der Tasche von Solingen in Köln an und besah, als er nachmittags schenken wurde, bereits 212 M. Ein anderer Kessel, ein tauchlummer Schmelzer, der sich Wäsche und Kleidungsstücke erbetelte, wurde dabei betroffen, als er dieselben verkaufte. Auch er kam in Haft.

Verurteilung. Der frühere Marineleutnant Becker sowie mehrere Bekannte wurden in Kiel wegen Landesverrat verurteilt. Es wird ihnen der Verlust unter anderem zu haben, geheime Pläne über die Basis an eine ausländische Macht, u. a. an Japan und Spanien, verkauft zu haben.

Der 100-Jahrestag der Verkündigung der Bannhäuser durch Martin Luther will die Stadt Wittenberg beiläufiges Fest zur Erinnerung veranstalten. Vertreter der nordischen Kirche sowie Vertreter aus Dänemark, Schweden und Amerika haben für die Feier ihre Beihilfe zugesagt. In der Verkündigung der Lutherische Kirche am 10. November wird Grafen von Leipzig der Verkündigung hollen. Ein Festkomitee wird ein Festkomitee sowie die Aufführung von „Luther auf der Wartburg“ veranstalten.

Eine hiesige Beziehung. Nach einer Sammelung aus Ludwigsburg hat sich die Prinzessin Wilhelmine, die jüngste Schwester der Großherzogin, mit dem ältesten Sohn des Herzogs Albrecht von Württemberg, Herzog Philipp, verlobt.

Flugzeugbeschlagnahme in Österreich. Die drei ersten Flugzeuge des k. u. k. Heeres in Wien, die auf dem Flughafen Aspern nach dem letzten Lande und deren eines von dem bekannten Kampfflieger Oberleutnant Wode geführt war, wurden neben von der Entente-Kommission unter Verletzung der Friedensverträge, der Flüge in Österreich von der Genehmigung der Entente-Mächte abhängig macht, beschlagnahmt.

Aus unserer Lesertreife.

Nicht verwendete Einblendungen werden wieder zurückgeschickt, nach aufbewahrt. In dem Hotel „Zum Gärtchen“ hat sich, wie ich jetzt die letzten Gelegenheiten, die Treppe gerade durchzuführen. Hierdurch würde sich der Durchgang bedeutend verengern und jeder könnte sich dabei verletzen. Angenehm würde aber auch einem Abgelassen, was jeden, der die Treppe benutzt, amüßigt, denn die vielen Ecken werden zum Teil mit Kissen bedeckt. In dieser Zeit ist es nicht angebracht, auf Verschönerungen hinzuwirken, aber da gilt dieser Veränderung, die nicht teuer sein kann und der Arbeitlosigkeit Arbeit, auch in sanitärer Hinsicht eine Besserung eintritt, sollte man sie doch mindestens einmal in Erwägung ziehen. E.

Handelsteil. Berliner Börse.

Kurs vom 23. Oktober 1920.

Table with columns: Div., Bank-Aktien, Industrie-Aktien, and various stock prices. Includes entries like Berliner Handels-Ges., Commerz- u. Disc.-B., Darmstädter Bank, Deutsche Bank, etc.

Industrie und Handel.

Das Reichswirtschaftsministerium gegen Kohlenpreiserhöhung. Wie der DHD. vornimmt, sollen die vom Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat beantragten Kohlenpreiserhöhungen vom Reichswirtschaftsministerium nicht genehmigt werden, selbst wenn der Reichskohlenverband sie annimmt. Das Reichswirtschaftsministerium wird sich voraussichtlich auf den Standpunkt stellen, daß die Ermäßigung der Eisenpreise eine Verbilligung des Materials für den Bergbau mit sich bringt und es so den Zechen ermöglicht wird, die Mehrbelastung durch die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne auch ohne eine Erhöhung der Kohlenpreise zu tragen.

Die Ermäßigung der Stabeisenpreise. In der letzten Sitzung des Ausschusses des Eisenwirtschaftsverbandes wurde der bisherige Höchstpreis für Stabeisen mit Wirkung vom 1. November ab um 400 M. ermäßigt. Die übrigen Eisensorten werden entsprechend verhältnismäßig ermäßigt. Der Aufpreis für Siemens-Martin-Handelsgrüßer wurde mit 50 M. festgesetzt. Die neuen Preise sollen bis auf weiteres mindestens bis zum 1. Februar 1921 gelten.

Deutsche-Überseeische Elektrizitäts-Gesellschaft. Der Frankfurter Börsenvorstand gibt bekannt: Da die 5proz. Obligationen der Deutschen Übersee-Elektrizitätsgesellschaft, Serie 2 bis 7, zur Rückzahlung ab 1. November gekündigt worden sind, wird die Notierung mit diesem Tage eingestellt.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Samstagsblätter: S. 2. Seite.

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Gantner; für den Unterhaltungsteil: H. M. Rauendorf; für den lokalen und provinziellen Teil, sowie Gerichtsamt und Handel: M. G. G.; für die Anzeigen und Reklamen: H. Dornau, sämtlich in Wiesbaden. Druck u. Verlag der S. G. G. in der S. G. G. in Wiesbaden. Copyright der Schriftleitung 12 bis 1 Uhr.

Wettervoraussage für Dienstag, 26. Oktober 1920 von der Meteorolog. Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M. Heiter, trocken, allgemein wieder etwas kälter, nachts leichter Frost, nordöstliche Winde.

Advertisement for Weinbrand Canthal. Includes an image of a bottle and text: 'Weinbrand Canthal', 'M. Canthal Wwe', 'Gez. 1823', 'Weinbrennerei', 'Sanaa a. M.', 'Vertreter: Andreas Müller, Mainz, Bahnhofstraße 4. Telefon 2190. F138'.

Advertisement for Hühneraugen Kukirol. Includes an image of a person applying ointment and text: 'Hühneraugen', 'Hornhaut, Schwielen u. Warzen', 'beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos', 'Kukirol', '100000 fach bewährt', 'Preis M. 3.-', 'In Apotheken u. Drogerien erhältlich', 'Drogerie Machenheimer, Bismarckring 1; Drogerie Kimmel, Nerostr. 46 und Drogerie Siebert, Marktstr. F8'.

Advertisement for Adt-Isolierrohre. Includes text: 'Adt-Isolierrohre', 'und Zubehörteile für Stark- und Schwachstrom-Anlagen', 'in anerkannt bester Qualität', 'ab Fabrik u. ab Lager sofort lieferbar.', 'Gebrüder Adt A.-G.', 'Ensheim bei Saarbrücken.', 'Fabrik elektrotechnischer Isolier-Materialien.'

Large advertisement for Dr. Gentner's Salmiak-Terpentin-Seifenpulver Goldperle. Includes an image of a man carrying a ladder and text: 'Ich komme wieder: Dr. Gentner's Salmiak-Terpentin-Seifenpulver Goldperle', 'Wundervoll schäumend, durch den Salmiakzusatz verblüffend schnell schmutzlösend, die Wäsche schonend.', 'Zum Einweichen: Retstern-Bleichsoda.', 'Hersteller: Carl Gentner, Göppingen (Württemberg)'. Also includes 'ab 1. November erhältlich'.

Advertisement for Walther Seidel tobacco products. Includes images of cigars and text: 'Palma Sumatra-Deckblatt, gemischte Einlage', 'zu Kisten von 100 St. Preiswerte Zigarre per St. -.75 /6', 'El Palacio Sumatra-Deckblatt, sehr angenehm im Geschmack und Brand', 'zu Kisten von 50 St. per St. -.90 /6', 'Wase Vorstenlanden-Decker, hos. Leistung.', 'zu Kisten v. 100 u. 50 St. Das Beste, was die Zigarrenfabrikation augenbl. herzustellen vermag per St. 1.20 /6', 'Wiederverkäufer Sonderpreise. 1203', 'WALTHER SEIDEL, Tabakfabrikate, 56 Wilhelmstraße, WIESBADEN, Wilhelmstraße 53.'

Advertisement for Das kleine SB.-Elektromobil. Includes an image of a car and text: 'Das kleine SB.-Elektromobil', 'Alleinverkauf zu Fabrikpreisen nur durch Wilhelm Rodschinka, Elektrotechn. Fabrik Fernsprecher 2017, Luisenstr. 14-16. Information en français (and english) au bureau.', 'Dampf-Wasch-Anstalt C. Schmidt', 'Tel. 4692. Röderstr. 24. Tel. 4691', 'Herrenwäsche', 'Damenwäsche', 'Hauswäsche', 'Hotel- u. Fremdenwäsche', 'Gardinenspannerei.', 'Meine seit d. Jahre 1875 besteh. Waschanstalt bietet Gewähr für tadellose Arbeit u. prompte Bedienung.', 'Endlich wieder lieferbar', '„Fidliennadel-Brust-Caramellen"', 'Spezialität der Schlossdrogerie Siebert, Marktstraße 2.'